



Konzeptskizze für den Dialog mit den Kommunen in Phase I Schritt 2

Arbeitsstand: März 2023

Konzeptskizze für den Dialog mit den Kommunen in Phase I Schritt 2

Dieses Dokument dient als Grundlage für den kontinuierlichen Dialog mit kommunalen Vertreter:innen zur Endlagersuche. Es wird in regelmäßigen Abständen geprüft und weiterentwickelt.

Impressum

**Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
(BASE)**

Wegelystraße 8
10623 Berlin

Telefon: 030 18432 - 0
Internet: www.base.bund.de

Arbeitsstand: März 2023

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	4
2.	Ausgangslage	4
2.1	Rolle der kommunalen Vertreter:innen bei der Standortsuche	5
3.	Anspruchsgruppe kommunale Vertreter:innen	6
3.1	Bedarfe hinsichtlich Dialog- und Informationsangeboten des BASE.....	8
4.	Ziele im Dialog mit kommunalen Vertreter:innen	9
5.	Einflussfaktoren.....	10
6.	Maßnahmen.....	11

1. Einleitung

Die vorliegende Konzeptskizze fasst Ziele und wesentliche Maßnahmen des BASE zum Dialog mit den Kommunen im Standortauswahlverfahren zusammen. Die Skizze ist Teil eines laufenden Prozesses, den das BASE mit Beginn der Endlagersuche 2017 gestartet hat. Den Startpunkt bildete ein regelmäßiger Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene und eine Veranstaltungsreihe für Kommunen im Jahr 2019. Im Prozess der Konzeptentwicklung greift das BASE bisherige Erfahrungen auf und entwickelt Strategie und Maßnahmen kontinuierlich fort. In den Kapiteln 2 bis 5 der Konzeptskizze sind Rahmenbedingungen, Ziele und Einflussfaktoren beschrieben. Eine Übersicht der Maßnahmen ist in Kapitel 6 dargestellt.

In allen Phasen des Standortauswahlverfahrens nehmen die kommunalen Vertreter:innen eine wichtige Rolle ein. Sie sind zum einen für die Bürger:innen Ansprechpartner:innen bei potenziellen Veränderungen der heimatlichen Region, zum anderen sind sie schon heute sehr präsent in den Beteiligungsformaten des Standortauswahlverfahrens. Bei der Diskussion der Zwischenergebnisse der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH im Rahmen der Fachkonferenz Teilgebiete machten kommunale Vertreter:innen die größte Teilnehmer:innen-Gruppe aus, ebenso im Forum Endlagersuche im Mai 2022. Auch bei den künftigen gesetzlich festgelegten Beteiligungsformaten, den Regionalkonferenzen sowie Stellungnahmeverfahren und Erörterungsterminen, kommt den kommunalen Vertreter:innen eine wichtige Rolle zu.

Die in Kapitel 6 genannten Maßnahmen und Formate haben zum Ziel, kommunale Vertreter:innen in der aktuellen Verfahrensphase (Phase I Schritt 2) dabei zu unterstützen, die Endlagersuche im Rahmen von Konsultations- und Beteiligungsformaten mitzugestalten und allgemeinverständlich an die regionale Öffentlichkeit vermitteln zu können.

2. Ausgangslage

Mit der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete der BGE mbH im Herbst 2020 nahm die Aufmerksamkeit für die Endlagersuche auf der regionalen und kommunalen Ebene kurzfristig zu, insbesondere in den Teilgebieten. Im Herbst 2022 hat die BGE mbH in einem ersten Rahmenterminplan zum Suchverfahren bekannt gegeben, dass die Zeiträume des Verfahrens aus ihrer Sicht wesentlich größer sind als im Standortauswahlverfahren avisiert. Vor dem Hintergrund dieser neuen Zeithorizonte stellt das Thema „Aufmerksamkeit“ eine zunehmende Herausforderung dar: Eine zentrale Aufgabe für den Dialog mit den Kommunen wird darin bestehen, das Thema mittel- und langfristig auf der kommunalen Agenda zu verankern. Kommunale Vertreter:innen spielen vor allem in den im Standortauswahlgesetz (StandAG) festgelegten Beteiligungsformaten eine Rolle. Darüber hinaus nehmen sie eine Schnittstellenposition zur regionalen Öffentlichkeit und Politik ein.

Das BASE steht im regelmäßigen Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene (Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städte- tag, Deutscher Landkreistag), um frühzeitig Informationsbedarfe der Kommunen zu identifizieren. Darüber hinaus nimmt das BASE Impulse verschiedener kommunaler Vertreter:innen aus den laufenden Beteiligungsveranstaltungen wie dem Forum Endlagersuche auf. Das Forum Endlagersuche ist eine jährlich stattfindende Veranstaltung, die zu den laufenden Arbeiten der BGE mbH Nachvollziehbarkeit und Transparenz schafft.

Das BASE versorgt zudem die Kommunen regelmäßig mit aktuellen Informationen zum Verfahren und seinen Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler und regionaler Ebene.

2.1 Rolle der kommunalen Vertreter:innen bei der Standortsuche

Kommunale Vertreter:innen sind in den Teilgebieten die primären Ansprechpersonen für Bürger:innen, Pressevertreter:innen und regionale Verwaltungseinheiten. Deshalb müssen sie ausreichend über die Standortsuche informiert sein und den aktuellen Verfahrensstand aus ihrer Perspektive bewerten können.

Die im Zwischenbericht Teilgebiete mit 54 Prozent des Bundesgebiets überraschend großflächig zugeschnittenen Teilgebiete sowie die derzeit in der Bearbeitung befindliche Methodenentwicklung der BGE mbH erlauben der Öffentlichkeit derzeit wenig Rückschlüsse auf den Fortgang des Verfahrens. Informationsbedarfe, die an kommunale Vertreter:innen adressiert werden, befassen sich mit einem breiten Spektrum an fachlich-technischen Themen und Aspekten des Verfahrens (Prozessschritte, inkl. Beteiligungsmöglichkeiten, zeitlicher Verlauf).

Als primäre Ansprechpartner:innen sind für kommunale Vertreter:innen Informationen zum Verfahrensstand von zentraler Bedeutung, die es ihnen ermöglichen, konkrete Aussagen zu den Perspektiven ihrer Region zu machen. Um das Verfahren optimal in der eigenen Region zu kommunizieren, benötigen sie aktuelle Informationen zum Stand des Verfahrens, den Beteiligungsmöglichkeiten sowie den nächsten Verfahrensschritten und Entscheidungen.

Kommunale Vertreter:innen sind eine zentrale Anspruchsgruppe bei der Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie bündeln kommunale Interessen und Perspektiven und wirken in Beteiligungsformaten mit.

Kommunale Vertreter:innen haben sich bereits in einem frühen Stadium des Verfahrens stark bei der Öffentlichkeitsbeteiligung eingebracht: Mit mehr als 30 Prozent stellten sie die größte Gruppe unter den angemeldeten Teilnehmer:innen bei der Fachkonferenz Teilgebiete und im ersten Forum Endlagersuche (Mai 2022). Sie brachten für das Verfahren relevante Hinweise und Einwände in den Abschlussbericht der Fachkonferenz an die BGE mbH ein.

Begleitung des Verfahrensfortschritts bis zu den Regionalkonferenzen

Bis zum Abschluss der Phase I können kommunale Vertreter:innen die jeweiligen Arbeitsstände der BGE mbH bei der Auswahl der Standortregionen zur übertägigen Erkundung begleiten und sich gestaltend in die Diskussionen einbringen. Einmal jährlich findet hierzu das Forum Endlagersuche statt. Es richtet sich bundesweit an alle Interessierten, die sich dort zum Arbeitsfortschritt der BGE mbH beraten können. Das Forum wählt zudem die Mitglieder des Planungsteams Forum Endlagersuche, die gemeinsam mit dem BASE und der BGE mbH diese Beteiligungsveranstaltung planen, vorbereiten und gestalten. Dabei arbeitet die Gruppe multi-perspektivisch – sie setzt sich zusammen aus gewählten Vertreter:innen der Kommunen, gesellschaftlichen Organisationen, Bürger:innen, der Wissenschaft und der jungen Generation.

Regionalkonferenzen

Das Engagement kommunaler Vertreter:innen ist insbesondere nach der Übermittlung der Standortregionenvorschläge zur übertägigen Erkundung durch die BGE mbH und der Einberufung der Regionalkonferenzen durch das BASE, von großer Relevanz für das Verfahren. Die Vollversammlung der Regionalkonferenzen besteht in der betreffenden Region aus allen gemeldeten Personen ab dem 16. Lebensjahr in den vom jeweiligen Standortregion betroffenen oder unmittelbar

angrenzenden Gebietskörperschaft. Die Aufgaben der Regionalkonferenz nehmen die Mitglieder des von der Vollversammlung gewählten Vertretungskreis wahr, der je zu einem Drittel aus Bürger:innen der Vollversammlung, Vertreter:innen der kommunalen Gebietskörperschaften der Standortregion sowie Vertreter:innen gesellschaftlicher Gruppen besteht. Die Vertretungskreise der Regionalkonferenzen senden Delegierte in die überregionale Fachkonferenz Rat der Regionen.

Die Regionalkonferenzen haben ein umfangreiches Aufgabenfeld: Sie informieren eigenständig die regionale Öffentlichkeit, formulieren Stellungnahmen zum Verfahren, stellen Nachprüfanträge und holen bei Bedarf zusätzliche Fachexpertisen ein. Im Verfahrensverlauf werden die Regionalkonferenzen zudem eingebunden bei der Entwicklung von Regionalperspektiven. Zur Erarbeitung sozioökonomischer Potenzialanalysen können sie Stellung nehmen. Das Besondere an den Regionalkonferenzen ist, dass sie eigenverantwortlich in der Gestaltung ihrer Aufgabenwahrnehmung und Öffentlichkeitsarbeit sind. Sie werden dabei durch eine Geschäftsstelle und ein eigenes Budget unterstützt. Das BASE wird die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Als zentrale Akteure der aktuellen und anstehenden Beteiligungsformate benötigen kommunale Vertreter:innen frühzeitig Informationen über die Konsultations- und Gestaltungsmöglichkeiten, die die Formate für die Öffentlichkeit und die betroffenen Bürger:innen bieten. Dies gilt insbesondere für die Regionalkonferenzen, deren Auftakt eine intensive Vorbereitung und Wissensvermittlung in den Regionen voraussetzt.

3. Anspruchsgruppe kommunale Vertreter:innen

Zur Anspruchsgruppe der kommunalen Vertreter:innen zählen insbesondere Mandatsträger:innen, Mitglieder der kommunalen Verwaltung sowie die Landkreise. In der Kommunikation mit kommunalen Vertreter:innen ist zu beachten, dass die Kommunalebene immer auch in Verbindung mit der Landesebene steht bzw. mit den Wahlkreisen der jeweiligen Bundestags- und Landtagsabgeordneten.

Gerade weil das Engagement und die Verantwortungsübernahme möglichst vieler für das Standortauswahlverfahren wichtig ist, versorgt das BASE auch die Länder (Staatskanzleien, Umweltminister:innen, Landtage) und Abgeordneten des Deutschen Bundestages (MdB) regelmäßig mit Informationen über den Stand des Verfahrens.

Anspruchsgruppe	(Amts)Bezeichnung	Aufgabe
Kommunale Mandatsträger:innen	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinde- und Stadtratsmitglieder - Kreistagsabgeordnete - Fraktionen 	<ul style="list-style-type: none"> - Politische Vertretung der Bürger:innen - Organ der kommunalen Selbstverwaltung, trifft Entscheidungen im eigenen Wirkungskreis - Kontrollfunktion über Gemeindeverwaltung etc. - Arbeit in Fachausschüssen der Gemeinde, Kreis- und Stadträte (z.B. Umweltausschuss)
Kommunale Verwaltung: Leitungsebene	<ul style="list-style-type: none"> - Landrät:innen, Oberkreisdirektor:innen (in Kreisen) - Bürgermeister:innen - Oberbürgermeister:innen - Gemeindedirektor:innen - Beigeordnete (z. B. Stadtrat/-rätin, Baubürgermeister:in) 	<ul style="list-style-type: none"> - Leitung der Verwaltung in Kreisen, Gemeinden und kreisfreien Städten
Kommunale Arbeitsebene	Variierende Bezeichnungen	<ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung laufender Verwaltungsaufgaben - Information der Verwaltungsspitzen und Gremien - Ansprechpartner:innen lokale Öffentlichkeit (Bürger:innen und Medien)

Nicht zuletzt sind kommunale Gremien und Verbände als wichtige Multiplikatoren zu begreifen und bei der Kommunikation im kommunalen und regionalen Kontext unbedingt zu berücksichtigen.

Multiplikatoren	
Kommunale Gremien	<ul style="list-style-type: none"> - Lokale Umweltausschüsse - Hier vertreten: Kommunale Mandatsträger:innen
Verbände	<ul style="list-style-type: none"> - Organisierte Zusammenschlüsse kommunaler Gebietskörperschaften (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) - Hier vertreten: Kommunale Mandatsträger:innen

3.1 Bedarfe hinsichtlich Dialog- und Informationsangeboten des BASE

Um die Dialog- und Informationsbedarfe der kommunalen Vertreter:innen zu identifizieren, hat das BASE eine Bedarfsanalyse durchgeführt:

- Seit Juni 2018 fortlaufender Austausch des BASE (ehem. BfE) mit Vertreter:innen der Kommunalen Spitzenverbände zu Stand und Fortlauf des Verfahrens sowie den daraus resultierenden Informationsbedarfen der kommunalen Gebietskörperschaften in den Teilgebieten.
- Analyse der Dokumentationen von vier Informationsveranstaltungen des BfE für kommunale Verwaltungen und Bürgermeister:innen (Januar 2019). Im Rahmen der Veranstaltungen wurden Dialog- und Informationsbedarfe der Teilnehmenden erhoben.
- Leitfadengestützte Telefoninterviews mit Vertreter:innen auf kommunaler- und Landesebene im November-Dezember 2021, durchgeführt von *IKU – Die Dialoggestalter*.

Demnach erwarten kommunale Vertreter:innen durch Dialog- und Informationsangebote des BASE Folgendes:

- gut informiert zu sein, um Bürger:innen, Politik und Medien gegenüber auskunftsfähig zu sein und dabei (auch zeitlich) immer einen kleinen Wissensvorsprung zu haben.
- in der Lage zu sein, die Bürger:innen der eigenen Region gut vertreten zu können – durch aktive Beteiligung und ggfs. durch das Einbringen lokaler/regionaler Zusatzinformationen in den Suchprozess

Kommunale Vertreter:innen erwarten von einem Dialog- und Informationsangebot des BASE folgende Qualitäten:

- eine pro-aktive und transparente Bereitstellung von Informationen
- direkt an die jeweiligen Adressat:innen gerichtete, kompakte Informationen zu den wesentlichen Themen der Endlagersuche
- die Möglichkeit, vertiefende Informationen kurzfristig und unkompliziert beim BASE zu erfragen bzw. selbstständig auf der Website einholen zu können
- die Möglichkeit, jederzeit auf aktuelle Darstellungen des Verfahrensstandes zuzugreifen zu können
- die Möglichkeit, weitere Informationsbedarfe unkompliziert an das BASE adressieren zu können.

Inhaltliche Interessenschwerpunkte der kommunalen Vertreter:innen sind dabei:

- planerische Kriterien
- vorläufige Sicherheitsuntersuchungen / Radiologie
- Verfahren und Verfahrensrecht
- in den Zwischenlagergemeinden: Zeitdauer des Verfahrens und damit Dauer der Zwischenlagerung (verlängerte Zwischenlagerung).

4. Ziele im Dialog mit kommunalen Vertreter:innen

Dialog und Information der Öffentlichkeit sind Grundvoraussetzung für Beteiligung und ein gelingendes Verfahren. Die Verfügbarkeit frühzeitiger, umfassender und verständlicher Informationen soll der Öffentlichkeit ermöglichen, das Verfahren nachvollziehen zu können und als Mitgestaltende am Standortauswahlverfahren teilzuhaben. Ist im Umkehrschluss die Information einseitig, unvollständig, nicht verständlich oder kommt sie zu spät, kann dies erhebliche negative Auswirkungen haben, insbesondere auf die notwendige Vertrauensbildung und Glaubwürdigkeit.

Für den Dialog mit den Kommunen leiten sich aus der spezifischen Bedarfsanalyse folgende übergeordnete Ziele ab:

- 1. Informiertheit herstellen:** Kontinuierlich Wissen in den Regionen aufbauen und das BASE als vertrauenswürdigen, pro-aktiven und auf Augenhöhe kommunizierenden Ansprechpartner für kommunale Akteure etablieren.
- 2. Regionale Beteiligung ermöglichen:** Den Verfahrensablaufs für die betroffenen Regionen auf unterschiedlichen Abstraktionsniveaus vermitteln, um die Grundlage für den Start der Regionalkonferenzen am Ende von Phase I des Verfahrens zu legen.
- 3. Verfahrensfortschritt begleiten:** Das BASE hat in Phase I Schritt 2 ergänzende Beteiligungsräume (Forum Endlagersuche/Planungsteam) etabliert. Hier können u. a. die Kommunen die Arbeit der BGE mbH begleiten. Dies stellt sicher, dass auch in einem deutlich über die Annahmen des Gesetzgebers hinausgehenden Schritt 2 der Phase I nach dem Ende der Fachkonferenz Teilgebiete Nachvollziehbarkeit und Transparenz hergestellt werden kann.

Für alle Maßnahmen und Formate (vgl. Kapitel 6) ist zentral, dass sie pro-aktiv angeboten werden, niedrigschwellig wahrnehmbar sind und sich an den Bedarfen der Anspruchsgruppe orientieren. Zudem wird berücksichtigt, dass kommunale Vertreter:innen mit hohem und solche mit geringem Kenntnisstand zur Endlagersuche eine differenzierte Ansprache auf ggfs. unterschiedlichen Kommunikationskanälen benötigen.

Grundlagen für Vermittlung, Engagement, Mitgestaltung

Das BASE trägt durch seine Maßnahmen dazu bei, dass kommunale Vertreter:innen über eine Informations- und Wissensgrundlage verfügen, die es ihnen ermöglicht, das Verfahren an die regionale Öffentlichkeit zu vermitteln und aktiv an Beteiligungsformaten teilzunehmen.

Das BASE informiert pro-aktiv, zielgruppengerecht, kontinuierlich und auf unterschiedlichen Kanälen zur Endlagersuche. Es vermittelt dabei u. a. übergeordnete Kenntnisse zum Stand des Verfahrens sowie Gestaltungsspielräume und Wirkungsmöglichkeiten, die kommunalen Vertreter:innen in den Beteiligungsformaten gegeben sind.

Um den kommunikativen Bedarfen der Anspruchsgruppe bestmöglich zu begegnen, tauscht sich das BASE regelmäßig mit den anderen Akteuren der Endlagersuche zu Dialog- und Informationsmaßnahmen aus.

Informationslücken schließen – Chancengleichheit fördern

Durch Dialog- und Informationsmaßnahmen für und in Regionen mit geringer kommunaler Aktivität zur Endlagersuche fördert das BASE einen gleichwertigen Informationsstand der kommunalen Vertreter:innen zum Start der Regionalkonferenzen. Dies kann der Chancengleichheit zwischen den zukünftigen Standort-

regionen in der Wahrnehmung ihrer Beteiligungs- und Nachprüfmöglichkeiten im weiteren Verfahren zugutekommen.

Das BASE evaluiert den regionalen Grad der Aktivität und des Engagements zur Endlagersuche. In Regionen mit geringer Aktivität werden mit dem Ziel, Wissenslücken zu schließen und positives Interesse am Verfahren und seinen Gestaltungsmöglichkeiten zu generieren, regionalspezifisch aufbereitete und nach Möglichkeit aufsuchende Maßnahmen umgesetzt. Die Größe und Vielzahl möglicher Bedarfe stellen eine Herausforderung dar. Denn gemäß Zwischenbericht Teilgebiete der BGE mbH dehnt sich das Suchverfahren über die Hälfte der bundesdeutschen Fläche aus.

Einstieg in die Endlagersuche – jederzeit und für jede:n

Ziel der BASE-Maßnahmen und Formate ist es, dass die Anzahl kommunaler Vertreter:innen mit guten Grundkenntnissen zur Endlagersuche und ihren Verfahrensschritten bis zur Einberufung der Regionalkonferenzen wächst.

Das BASE stellt aktuelle Informationsangebote zur Endlagersuche als digitale und Printprodukte zur Verfügung und etabliert Möglichkeiten zu persönlicher Ansprache und Dialog mit dem BASE. Die Angebote berücksichtigen verschiedene Abstraktionsebenen, sind niedrighschwellig zugänglich, und ermöglichen damit zu jedem Zeitpunkt der Phase I Schritt 2 den Neu- und Wiedereinstieg in das Thema Standortsuche.

Im Sinne eines selbsthinterfragenden und lernenden Verfahrens evaluiert das BASE regelmäßig seine Dialog- und Informationsformate für kommunale Vertreter:innen und entwickelt diese entsprechend weiter. Das BASE setzt sich das Ziel, mit geeigneten Evaluationsmethoden Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und das Angebot kontinuierlich an sich wandelnde Bedarfe und Rahmenbedingungen des Verfahrens anzupassen.

5. Einflussfaktoren

Die Bundesländer und Regionen, in denen sich Teilgebiete befinden, weisen Unterschiede in puncto Betroffenheit, Historie und Organisationsgrad auf. Bei der Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen und Formaten für Kommunen sollten, soweit möglich, folgende Einflussfaktoren berücksichtigt werden:

Zum einen sind unterschiedlich große Anteile der Landesflächen Teilgebiete. So beträgt z. B. die Teilgebietsfläche in Hessen 15 Prozent, in Bayern 59 Prozent und in Niedersachsen 87 Prozent der Landesfläche. Der Anteil betroffener Landesflächen kann einen Einfluss darauf haben, wie prioritär das Thema Endlagersuche auf kommunaler- und Landesebene behandelt wird. Hierfür spricht die hohe Anmeldequote bayerischer und niedersächsischer Kommunalvertreter:innen bei den Beratungsterminen der Fachkonferenz Teilgebiete und bei dem Forum Endlagersuche im Mai 2022.

Auch die politische Historie der Länder rund um das Thema Atomkraft, bedingt durch Standorte von Atomkraftwerken oder Zwischen- und Endlagern für radioaktive Abfälle, beispielsweise in Niedersachsen, spielt für die Präsenz des Themas Endlagersuche auf kommunaler- und Landesebene eine bedeutende Rolle. Es lässt sich schon zum jetzigen Zeitpunkt beobachten, dass die Länder mit Teilgebietsflächen einen sehr unterschiedlichen Aktivitäts- und Organisationsgrad aufweisen.

Mit dem Bekanntwerden der deutlich längeren Zeitbedarfe für die Standortsuche gewinnt der Faktor „Zeit“ an Bedeutung. Mit Blick auf die kommenden Jahre ergeben sich grundsätzliche Fragen und Herausforderungen für die

Öffentlichkeitsbeteiligung bis zum Standortregionenvorschlag der BGE mbH, aus dem sich dann konkrete Betroffenheiten der jeweiligen Kommunen ergeben. Wie kann die Aufmerksamkeit in der langen Phase bis zum Start der Regionalkonferenzen aufrechterhalten werden? Wie gelingt der Wissenstransfer (von der Fachkonferenz Teilgebiete 2021 bis zu den Regionalkonferenzen 2027+)?

Insbesondere im Kontext der neuen Zeiträume bleibt umfassende Information eine Voraussetzung für gute Beteiligung und ein gelingendes Verfahren. Deshalb setzt das BASE – unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede – auf folgende Vorgehensweise:

- adressat:innengerechte Formate und Maßnahmen für Neueinsteiger:innen und erfahrene Akteure
- aufsuchende, den persönlichen Dialog fördernde Kommunikationsmaßnahmen
- regelmäßige pro-aktive Versorgung der Regionen mit Informationen zum aktuellen Verfahrensstand und den Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen
- Evaluation der regionalen Informationsbedarfe.

6. Maßnahmen

Folgende Tabelle enthält die laufenden und geplanten Maßnahmen für den Dialog mit den Kommunen. Darunter sind alle Maßnahmen einzeln beschrieben.

Nr.	Maßnahme	Stand
Informiertheit herstellen		
1.1	Infobroschüre für kommunale Vertreter:innen	Fortlaufend, 4. Auflage
1.2	Infobrief für Kommunen	Fortlaufend, erste Ausgabe im Dez. 2022
1.3	Direkte Ansprechpartner:innen für Kommunen im BASE (zur Standortsuche)	Fortlaufend
1.4	Digitale Angebote (BASE-Website/Infoplattform, Social Media, App etc.)	Fortlaufend
Regionale Beteiligung ermöglichen		
2.1	Mobile Informationsangebote	Fortlaufend
2.2	Veranstaltungen für kommunale Vertreter:innen	In Planung
Arbeitsfortschritt der BGE mbH begleiten		
3.1	Forum Endlagersuche/Planungsteam (keine Maßnahme des Kommunen-Konzepts)	Fortlaufend
Übergreifende Maßnahmen		
4.1	Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene	Fortlaufend
4.2	Evaluation der Maßnahmen	Teilweise begonnen

Infobroschüre für kommunale Vertreter:innen

Mit der Infobroschüre für Kommunen informiert das BASE unter Zuarbeit der BGE mbH über aktuelle Entwicklungen im Verfahren. Sie ist auf die Interessen der kommunalen Akteure zugeschnitten und zeigt auch aktuelle sowie künftige Beteiligungsmöglichkeiten auf. Das BASE versendet die Infobroschüre als PDF bundesweit sowohl an die Kommunen als auch an die Länder und Bundestagsabgeordnete. Die Broschüre ist bereits in vier Fassungen erschienen, zuletzt im April 2022. Eine Neuauflage ist für 2023 geplant.

Infobrief für Kommunen

Als pro-aktives, anlassbezogenes und kompaktes Instrument flankiert der Infobrief für Kommunen die Broschüren. Darin informiert das BASE über den aktuellen Stand des Verfahrens und gibt einen Ausblick auf die kommenden Monate, inklusive Beteiligungsmöglichkeiten und Veranstaltungen. Das BASE hat den digitalen Infobrief (erste Ausgabe) Mitte Dezember 2022 an die Kommunen in Deutschland verschickt. Das PDF kann auch auf der Themenseite für kommunale Vertreter:innen auf der Infoplattform (www.endlagersuche-infoplattform.de/kommunen-info) heruntergeladen werden.

Direkte Ansprechpartner:innen für Kommunen im BASE

Um einen „direkten Draht“ zum Thema Standortsuche ins BASE zu etablieren, fungieren zwei BASE-Mitarbeitende als direkte Ansprechpartner:innen für kommunale Vertreter:innen. Sie tragen dazu bei, mögliche Hemmschwellen für Rückfragen und Feedback abzusenken. Die Kontaktdaten sind auf der Themenseite für kommunale Vertreter:innen auf der Infoplattform veröffentlicht.

Digitale Angebote

Eine Themenseite für kommunale Vertreter:innen auf der Infoplattform (www.endlagersuche-infoplattform.de/kommunen-info) bündelt aktuelle für Kommunen relevante Informationen. Darüber hinaus stellt das BASE multimediale Informationsangebote wie Ausstellungen oder Apps zur Verfügung – auch virtuell für die eigenen Websites der Kommunen. Die kostenlosen Inhalte vermitteln einen schnellen Überblick zur Endlagersuche. Das BASE nutzt auch seine Social-Media-Kanäle, um über die Angebote für Kommunen zu informieren.

Mobile Informationsangebote

Mit dem Info-Mobil, einer Ausstellung oder Vortragsveranstaltungen: Das BASE ist bundesweit unterwegs und informiert über die verschiedenen Aspekte der Endlagersuche sowie darüber, wie sich Bürger:innen und kommunale Vertreter:innen an dem Verfahren beteiligen können. Alle Angebote sind kostenfrei. Die Info-Tour wird 2023 fortgesetzt, die konkreten Termine und Stationen werden auf der Infoplattform zur Endlagersuche veröffentlicht.

Veranstaltungen für kommunale Vertreter:innen

Das BASE erarbeitet ein Konzept für Veranstaltungen, die sich in erster Linie an kommunale Vertreter:innen richten.

Forum Endlagersuche/Planungsteam

Die aktuellen Beteiligungsformate Forum Endlagersuche und Planungsteam Forum Endlagersuche¹ sind keine neue Maßnahmen dieses Konzepts. Sie bieten für kommunale Vertreter:innen jedoch umfassende Möglichkeiten, sich in der aktuellen Verfahrensphase aktiv einzubringen. Im Planungsteam ist die Gruppe der kommunalen Gebietskörperschaften mit zwei Personen vertreten.

Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene

Das BASE steht seit Beginn des Standortauswahlverfahrens im regelmäßigen Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund), um frühzeitig Informationsbedarfe der Kommunen zu identifizieren.

Evaluation der Maßnahmen und Formate

Im Sinne eines lernenden Verfahrens soll die Konzeptskizze einmal jährlich mit Blick auf die oben dargestellten Ebenen – Ausgangssituation bzw. aktuelle Verfahrensphase, Bedarfe der kommunalen Vertreter:innen, Ziele und Einflussfaktoren – geprüft und die sich daraus ergebenden Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Dazu sollen sowohl quantitative (Erhebungen) als auch qualitative Instrumente (Gespräche und Beobachtungen) eingesetzt werden.

¹ Weitere Informationen: https://www.endlagersuche-infoplattform.de/webs/Endlagersuche/DE/Beteiligung/Buergerbeteiligung/konzeption/formate_node.html

